

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M.

Mr. die Redaktion verantwortlich:
Wag & Charre in Halle.

(Erscheinungspreis: Redaktion Str. 2332. - Exped. von Str. 176.)

Zweizehnmündeljähriger Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite oder beim
Raum mit 30 Pfg. ...

Mr. 156.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 2. April

1903.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Vierteljahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen, unausgesprochen angenommen.

Die Expedition.

Zur Hebung des Handwerks.

Die beste Hilfe für das Handwerk liegt in der Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit. Je tüchtiger der Einzelne ist, je besser die Arbeit, die er in seiner Werkstatt leistet, je brauchbarer die Ware, die er in seinem Laden feilhält, desto größeren Auftrieb, Umsatz und Gewinn wird er haben.

Nach dieser Ansicht waren zu Anfang des Jahres 1902 in Preußen 1684 Fortbildungsschulen - einschließlich der Innungsschulen, jedoch ausschließlich der Fortbildungsschulen für die weibliche Jugend und deren Lehrmittelschulen - vorhanden.

Wichtig ist es ferner für den Handwerkerstand, sich im Wege genossenschaftlichen Zusammenschlusses wegzuhelfen bis zu einem gewissen Grade die Vorteile des Großbetriebes zu verschaffen.

Kreditvereine, indem sie die Beschaffung der erforderlichen Kapitalien erleichterten, und die Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, die den gemeinschaftlichen Bezug von Rohstoffen sowie den gemeinschaftlichen Verkauf fertiger Erzeugnisse vermitteln.

Eine Staatshilfe, welche die eigene Kraft des einzelnen nicht lähmt, sondern zu deren Belebung und Entfaltung beiträgt, war und ist uns stets willkommen.

Der Zolltarif bedroht unser Handwerk aber nicht nur durch die Erleichterung des Zusammenflusses der Fabrikate und der Kapitalien, sondern auch durch die Verteuerung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Werkzeuge.

Deutsches Reich.

Eine feste Guts.

Die Weltung des „Kaiser-Cent“ und der „Herrn-Vollz.“, daß baltisch-orientalisch ein Protektorat Deutschlands über die Baltischen im Orient angetrebt werde, ist ein solches Angebot für jeden ernsthaften Vorkämpfer unglückselig bezeichnet, wird jetzt auch von der offiziellen „Eid.-Reichs-Korresp.“ demontiert.

Die ganze Geschichte ist erfunden, und zwar recht ungeschickt. Der Baltiker weiß, selbst wenn er die ihm angebotene Arbeit tätigt, kann ihn, das religiöse Protektorat im Orient durch einen einzigen Akt von Frankreich auf Deutschland zu übertragen, und wenn er es wollte, würde er es nicht tun.

Aber auch wenn es in der Hand der Kaiser läge, das religiöse Protektorat der französischen Republik ohne weiteres zu entziehen und es dem Deutschen Reich anzubieten, so würden - und das ist die Hauptsache - der Kaiser und seine Ratgeber ein solches Angebot nicht zurückweisen.

Das Regiment zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, das den Konventionen und ihrem agrarischen Aufbau schwerer im Magen

liegt, als sie sich's anmerken lassen, bildet für gewisse Kreise fortgesetzt einen Anreiz zu Versuchen, auf welche Weise dem Entwurf Schwerverletzte in den Weg gelegt werden könnten, ohne das Gefahr besteht, bei den Wählern darüber als Gegner des Wahlrechts in Mitleidenschaft zu kommen.

Anlagen des Bundesrats sind, auch wenn sie Gesehenswürdigkeit enthalten, noch den Verordnungen über Gesehenswürdigkeit zu bezeichnen, wenn nicht mit Zustimmung des Bundesrats das abgeleitete Verfahren beschließen wird.

Die Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen.

Eine der größten und berechtigten Sorgen, die die sozialpolitische Haltung der Regierung wie der Reichstagsmehrheit für die Industrie gestiftet hat, ist von ihrer die gewesen, ob es im Falle des Zusammenstehens des Reichs möglich sein wird, die bisherigen engen Beziehungen der deutschen Industrie zum Auslande aufrecht zu erhalten.

Das wesentlichste Erfordernis für eine geordnete Orientierung der Handelsbeziehungen auf dem Auslandsmarkt ist eine weitgehende Erhaltung der Rolle für unsere Erzeugnisse und die Weltmarkt der seitens der russischen Reichsregierung in Aussicht genommener Differenzierung der deutschen Handelsverhältnisse.

Die Verwaltung dieser Weltwirtschaft hat demnach vorzugeben und wird vielleicht aus dem hohen russischen Zolltarif noch Nutzen ziehen, sie empfindet aber doch die Besicherung der internationalen Beziehungen, denn sie flagt, daß „abgesehen von anderen Erzeugnissen, verdrängt werde, der Verkauf der in Deutschland gedruckten Kataloge vollständig zu inhibieren, da bei einem Zoll von 18,50 Rubel pro Band ein Verlust der in der Branche, der die Weltwirtschaft angeht, sehr umfangreichen Kataloge ganz ausgeschlossen sei.“

Agarische Schandheit.

Das Regiment zur Sicherung des Wahlgeheimnisses, das den Konventionen und ihrem agrarischen Aufbau schwerer im Magen

1849 da nach Oesterreich-Ungarn und 1856 da nach Russland gingen. So machen sich die Folgen einer unvernünftigen Sonderpolitik allmählich immer mehr bemerkbar.

Politik.

Auf die geistigen Fragen des „Vorwärts“ hinsichtlich der in den an die Reichstagen ergehenden Anträgen...
Der „Vorwärts“ bleibt bei seiner Behauptung, daß die amtliche Anweisung zur Aufstellung der Wählerlisten den Wahltermin auf den 17. Mai verlegt hat, und will glauben machen, daß er diese Behauptung beweisen habe. Wir haben bisher von einem solchen „Beweis“ im „Vorwärts“ nicht das Geringste erblickt und würden der Behauptung nicht erst erfordern erkennen, wenn das Blatt den Beweis aus Anweisung des unabhängigen Ministerpräsidenten, in der der 17. Mai als Wahltermin bezeichnet wäre. In Wahrheit hat die vorläufige Anweisung zur Aufstellung der Wählerlisten den ausdrücklichen Vorbehalt der Behörde, die die Wählerlisten aufzustellen hat, die Zeitpunkte der Aufstellung der Wählerlisten entgegen der Anweisung zu erklären, oder sich zu enthalten, daß in dem bis zum letzten Sonnabend geltenden Wahlauweisung der 17. Mai als Wahltag angenommen war, erwidern wir, daß wir dies allerdings mit Entschiedenheit bekämpfen und unterteilt vom „Vorwärts“ den Gegenstand veranlassen.

Das sozialdemokratische Organ will nun wohl oder übel mit dem Wortsinn der Behauptung herumschlendern, wenn es im Begriff besteht, die der Reichstag scheint diesmal am letzten des „Vorwärts“ zu liegen.

Obwohl die Frage, ob die vor 100 Jahren von Schweden an Mecklenburg verpfändete Stadt Wismar jetzt nach Ablauf der vertragsmäßigen Zeit, gegen Wismar der mit Zins und Zinseszins viele Millionen betragenden Schuld wieder an Schweden zurückzugeben werden sollte, bereits zu Gunsten der ewigen Vererbung der Stadt an Mecklenburg gelöst ist, so ist doch einmal der Wortsinn der „Wismarfrage“ in einem Artikel zur Sache anführt. Das Blatt schreibt:

Unsere Zeitung der auswärtigen Angelegenheiten hat die Aufgabe, die die Abtretung Wismars allerdings als selbstverständlich angesehen wird, diese Abtretung auf eine Weise und unter Bedingungen zu setzen, die unseren Zwecken den größtmöglichen Vorteil bringen. Wir denken, daß dies die einzig mögliche Form ist, unter der eine solche Propositio gemacht werden kann, aber das hindert nicht, daß Reichstagesmitglieder den Zeiten gehen werden kann in der Zustimmung, die der Reichstag zuweilen der Regierung gibt. Der Reichstag hat also Grund, von der Regierung zu erwarten, daß Schwedens Wohl und Interesse nicht vernachlässigt werden werden. Wir haben keinen Grund, zu glauben, daß diese Voraussetzung nicht in Erfüllung geht.

Die Erwartungen des Stockholmer Blattes werden sich nur erfüllen können, wenn es gelingt, den neuen Reichstag daran zusammenzubinden, daß er auf eine Willkür der schwedischen Bestimmungen Einsicht anzuwenden vermag. Die Habsburger über Wismar hat das Interesse nicht mehr als das, die mit wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht vertraut werden kann.

Der „Vorwärts“ das Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, verbreitet die Nachricht, daß infolge von Bestimmungen zwischen Vorstand und Mitgliedern die fortgeschrittenen Mitglieder des Vereins deutscher Lokomotivführer diesem Verein den Rücken gekehrt und sich dem sozialdemokratischen Verband angeschlossen seien. Die Deutsche Eisenbahnzeitung, das Publikationsorgan des Vereins deutscher Lokomotivführer, erklärt die Nachricht für eine ebenso infame, wie benutzte Lüge. — Wir glauben dem letzteren Organ mehr, wie dem „Vorwärts“.

Wirtschaftliches.

Das es unter den Landwirten auch noch Leute gibt, die das Lieben der Agrarier durchschauen und zu erkennen vermögen, wie wenig deren Verlangen nach hohem Zollsatz für Getreide und alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte geeignet ist, ihnen Nutzen zu bringen, beweist neuerdings ein Artikel in der „Allg. Landw.-Z.“, in dem es u. a. wörtlich heißt:

Wiesbad wird behauptet, der neue Zollsatz bringe der Landwirtschaft Nutzen. Jedoch behauptet, dem Grundbesitzer wird er jedoch unbedingt bringen, für uns die Domainenbesitzer und die Kleinbauern aber werden die Vorteile von den Vorteilen mehr wie aufgezählt werden. Sollten sich Zweifel für meine Behauptungen ergeben, so bin ich zum schließlichen Nachweis bereit.

Der Verfasser will diesen Zweifel nicht zu begreifen brauchen. Es wird ihm kein Agrarier widersprechen, weil man in den agrarischen Kreisen ganz genau weiß, daß der Verfasser seine Angaben über die agrarische Bevölkerung von dem gleich großen, gemeintem Nutzen der großen und kleinen aus dem Grundbesitzer als unzulässig nachweisen imstande ist. Der Verfasser weiß sich aber, so meinen wir mit der „Wirtschaftl.“, unbenommen, dann, ob er von unvollständigen Agrariern dazu gesagt wird oder nicht, ein Bedürfnis erweisen, wenn er durch Darlegung seines Materials dazu beitragen, einer der traurigsten Agrarfragen den Garaus zu machen.

Kann war der Reichstag in die Ferien gegangen, als eine Mitteilung ankam, welche sich zu denken ließ, als ob die Reichsverwaltung mitteilbar, nachdem der Reichsministerpräsident im Reichstag erklärte, es fanden zur Zeit keine Erwägungen zwischen den verbündeten Regierungen statt über eine Erhöhung der Zölle, durch das Reichstag der Reichstag von Zehlmann zu einer großen Sitzung in der Richtung der Besetzung von Arbeitern für eine Arbeiter-Erhöhung auf Erhöhung zu gelangen ist. Dies ist aber, wie die „Allg. Landw.-Z.“ hört, in keiner Weise der Fall. Seitens der Reichsfinanzverwaltung sind auch noch Eintritt der Ferien des Reichstages keine Maßnahmen getroffen worden, welche darauf schließen ließen, es sei ihre Pflicht, eine Erhöhung der Zölle in der Richtung der Besetzung Erhebungen veranlassen zu werden, welche im Sinne der Reichsregierung stehen, die Tag und Nacht auf dem Sprünge liegen, um mit ihrem Zellschreiber, „keine neuen Steuern“ los-

zugeben, ist nicht bekannt. Wir glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, es werden solche Erhebungen wie die über die Wirkung der Zölle, den Einzelregierungen, die über die Maßnahmen mit den Verbündeten den Zeit im Einklang zu halten sich bemühen, schon deshalb von Zeit zu Zeit veranlaßt und immer wieder in die Wege geleitet, damit, wenn einmal der Moment kommen sollte, in dem entweder die Reichsfinanzverwaltung oder eine größere Partei im Reichstag, wie beispielsweise das Zentrum, mit der Forderung der Erhöhung der Zölle hervortreten sollte, man über die Grundlagen für die Art der Erhebung in dieser Frage verständig, welche als auskömmlich und ausreichend ausgedrückt werden können. — Trau — ichan — wenn?

Ritze und Schite.

Ein Lehrer hatte unter dem 3. März 1900 das Zeugnis für die wissenschaftliche Prüfung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst erworben. Er hat abgemittelt, ohne einen Antrag auf Erteilung des Berechtigungsscheines für den einjährig-freiwilligen Dienst zu stellen, die Zeit der im März 1900 im ordentlichen Auszubereitungsverfahren über ihn verfallenen Prüfungszeit auf ein Jahr verfristet und auch in den folgenden Jahren das ordentliche Auszubereitungsverfahren über sich ergehen lassen. Erst nachdem er im Jahre 1902 im ordentlichen Auszubereitungsverfahren für tauglich befunden worden war, hat er um nachträgliche Ausstellung des Berechtigungsscheines für den einjährig-freiwilligen Dienst gebeten. Diefen Gesuche ist von der Erhebungs- und dritten Prüfung in Frankfurt a. M. nicht entsprochen worden. Es scheint hiernach angemessen, die Seminare regelmäßig durch die Seminare direktoren dahin zu belehren, daß die Anträge auf Erteilung des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Dienst unmittelbar nach dem Bestanden der Prüfung einzureichen sind und daß auch namentlich nicht vor der Erteilung der Anträge abgemittelt ist, ob im ordentlichen Auszubereitungsverfahren eine Diensttauglichkeit festgestellt wird.

Wahlverfahren.

Der für Jena in Aussicht genommene Kandidat der feinsinnigen Volkspartei, Landtagsabgeordneter und Oberlehrer Kühner in Eisenach, hat jetzt endgültig abgelehnt, eine Reichstagskandidatur zu übernehmen.

In einer Vertrauensmännerverammlung der Zentrumspartei im Wahlkreis Wiesbaden-III eingang wurde der Landtagsabgeordnete Herr Witzig in Halle einmütig als Vertrauensmandat erhalten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Herr Witzig in Halle einmütig als Vertrauensmandat erhalten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Herr Witzig in Halle einmütig als Vertrauensmandat erhalten.

See und Flotte.

Aus Kiel kommt zur Kaiserfahrt nach Kopenhagen folgendes Telegramm: Die heimische Schiffsflotte unter dem Prinzen Heinrich hat bereits ihre Lebensfrist angetreten. Sie erwartet die die Flotte durchzunehmende Kaiserflotte, um dem Kaiser auf hoher See Gefährliches vorzuführen.

S. M. S. „Vorel“ ist am 31. März wieder in Konstantinopel eingetroffen. S. M. S. „Gazelle“ ist am 31. März in New York (Virginia) eingetroffen. S. M. S. „Zenta“ ist am 2. April in London eingetroffen. S. M. S. „Hertha“ ist am 1. April von Nagasaki nach Singapur in See gegangen.

Das 1. Geschwader mit Anstehende von S. M. S. „Hela“ ist am 1. April zur 2. Übungsreise im Verbande von Kiel in See gegangen. Vollstation: Kiel.

Colonien.

Die Deutsch-Südwestschlesische Zeitung berichtet von argeren Mißverhältnissen in der Kolonie. Ein Farmer im Süden hat allein 1000 Hinder verkauft. Die Station Umanos soll im November vorigen Jahres etwa 11,000 Markt an Viehverlust verzeichnen haben. In der Drankluftkolonie sind in Transvaal leben die maßgebenden Kreise ihre Hoffnung für die Zukunft auf Vieh wesentlich auf einen Schafzucht, nachdem die Viehzucht in anderen Gebieten einzufließen, ungünstig verlaufen sind. Unsere Reichsleiter versagen dabei nicht, einen Stamm besten Zuchtvieh zu behalten und sich die Möglichkeit zu sichern, die Vorteile der sich anbahnenden gefährlichen Beziehungen mit der Kapkolonie und der neuen englischen Kolonien auszunutzen zu können. Die Qualität des südwestschlesischen Viehs ist durch Einführung edlen Viehs schon bedeutend verbessert.

Dem Besitzgeheimnis Acta in Südafrika in Deutsch-Südwestschlesien ist die Entzweiung der Spaz- und Dartheim'sche, eingetragene Gesellschaft mit unbedingter Haftpflicht, in Guben, erfolgt. Das ist die erste eingetragene Gesellschaft im Schutzbereich.

Nach einem Bericht des Gouvernements in Windhoek wurde ein im höheren Alter ein betreffendes Schreiben an den Reichstag in Deutschland. Die Afrika mit Fremden begünstigt und mit allen Mitteln unterstützt werden. Die auf diesem Gebiete bisher gesammelten Erfahrungen sind indessen noch gering, jedoch ein Unternehmer auf eigenes Studium der südwestschlesischen Verhältnisse angewiesen sein würde. Zusammen kann gesagt werden, daß die vom Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee ausgesandten Auswärtigen den Versuch zu loben können. Mehrere Klappen sind bereits ausgeföhrt. Anpflanzungen von Mandarinenbäumen finden sich bei Windhoek und Ohanabja. Von der Ausaat auf der Kolonisation Ohanabja sind im nächsten Jahre 100,000 Bäumchen zu erwarten. Gelegentliche Sammlungen sind am 1. Oktober in Ohanabja zu haben sein. Soweit das Gouvernment dem Unternehmer Blätter und Bäumchen zur Verfügung stellen kann, wird es ungenügend gelassen.

Ausland.

Zur Zunderkonvention.

Die Vertreter des österreichischen Bundes in London erzielen eine Abänderung der Straßollklausel gegen Oesterreich, die namentlich gegen Nichtkonventionen allgemein lautet.

Die französische Regierung legte einen besonderen Antrag ein, der während der Dauer des Brüsseler Zundervertrages die Abschaffung aller fremden Staaten wie die Vergütung aus den internationalen Zundermärkten sorgsam überzogen soll.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausgleichsankausch benedete am Mittwoch die Generaldebatte über die Ausgleichsangelegenheiten. Im Laufe der Debatte erklärte Ministerpräsident v. Körber, die Annahme der Vorlagen würde einen Abschluß der Angelegenheit bedeuten; die Gegenwart würde sich sofort in eine höchst gefährliche Zukunft verwandeln, wenn die Vergangene ohne diesen Abschluß bliebe. Gegenüber einzelnen Rednern erklärte der Ministerpräsident: „Wir sind glücklich, auch im Interesse der Dynastie zu handeln, indem wir für den Ausgleich eintreten.“

Die Monarchie existierte ja nicht, wenn nicht die Dynastie sie stütz gehalten hätte; und je mehr ich überzeugt bin, daß jeder der beiden Reichsteile von dem anderen losgelöst bei weitem nicht die Hälfte des Gewichtes unter den europäischen Staaten hätte, dessen sie sich beidermaßen erkennen, um so gebotener erscheint mir das Bewußtsein, die Monarchie in ihrem jetzigen Zusammenhange und unter der Führung der Dynastie zu erhalten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Reichstages durch den Ausschuss eines Zoll- und Handelskommissiones mit dem Deutschen Reich mit 24 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Holland.

General Potja kommt in der nächsten Woche wieder nach Haag. Sein Besuch bezweckt eine Verständigung mit dem holländischen Nationalbunde über Mittel zur Erhaltung des holländischen Elements in Südafrika sowie die Bestellung holländischer Lehrkräfte. Wofür wird auch neue Verhandlungen mit Oambertoln pfelegen.

Frankreich.

Der Kampf, den Senat und Kommer miteinander um das Budget geführt, ist nun am Dienstag Mittag 12 1/2 Uhr endlich zum Abschluß gekommen, nachdem Senat und Kommer abwechselnd an diesem Tag jezt 27 Stunden Sitzungen abgehalten hatten. Um 3 Uhr in der Nacht zum Dienstag ließ Kommerpräsident Bourgeois durch Saadiere Lebensmittel beschaffen. Etwa 300 Deputierte blieben aus oder begnügten sich doch mit einem Schläfen auf den Banken der Couloirs, auch mehrere Damen, Gattinnen der Deputierten, blieben auf den Tribünen und spornen durch ihre Anwesenheit den Mit ihnen Kommer an. Durch die endlich erzielte Einigung ist die Notwendigkeit, ein neues provisorisches Budget zu bewilligen, vermieden worden. Die meisten Schlußfolgerungen machte der Senat, und zwar besonders dem Herrschenden. Die Senatskommission verlangte größere Abträge durch, als der Reichsmittler anzuempfehlen bereit war. Der Reichsmittler Manin begründete die starken Abträge mit dem Hinweis darauf, daß das Land nach 32 Jahren des Friedens sich nicht durch eingebildete Gefahren, deren Schreckbild der Minister bei jeder Budgetberatung beschwört, beeinflussen und das Gleichgewicht in den Finanzen erschüttern lassen dürfe. Combes erwiderte darauf, er teile die Auffassung der Kommission in Grundzüge, aber im vorliegenden Falle müsse die Regierung bei ihren Forderungen beharren, schon um einem neuen Budgetschlüssel aus dem Wege zu gehen, das noch mehr Kosten verursachen würde. Mehrere Male sprach der Senat die Forderungen für Verminderungen der Soldaten, für neue Telephonlinien usw., während die Kommer nur die Streichung von zwei Millionen Frances für die Marine forderte. — Dem „Berl. Tagbl.“ wird noch gemeldet: Infolge der auf Verlangen der Kommer in das Budget eingefügten neuen Bestimmungen, wonach die Senatoren, die gleichzeitig ein anderes Staatsamt bekleiden, zwischen beiden Gehältern zu wählen haben, verlieren die Minister Combes, Fallé, Rouvier, Chaumié, solange sie die 60,000 Frances Ministergehalt begehren, die 9000 Frances, die sie als Mitglieder des Senats beziehen. Ganz unglücklich ist der Senator und Professor Vertheil, der sein Professorgehalt aufgeben will und allen Reportern seinen Journaler mitteilt. Vertheil ist nicht nur bekannt als Gelehrter, sondern auch durch seine Fähigkeit, alle erdenklichen Konten an sich zu bringen. Bekanntlich übernahm er eines Tages sogar das Ministerium des Meinen.

Russland.

Reichsminister Ruzsopski tritt am 10. d. M. eine vierwöchige Reise nach dem fernem Osten an, um die Transsibirische Bahn, sowie hauptsächlich die wirtschaftlichen Unten zu verbessern. Gleichzeitg verbindet er damit eine Inspektion der Eisenbahnen.

Die letzten Nachrichten aus der Mandchurei lauten wenig ermutlich. Ueberfälle der wüthenden Abteilungen durch Chinesen mehren sich; neue Anruebe werden erwartet.

Nordamerika.

Die Präsidentschafts-Wahl in Pennsylvania beginnt. Roosevelt hat von Washington aus eine auf zwei Millionen bezehrende Rundreise nach dem Westen an, die sich bis an den Stillen Ozean erstrecken wird. Das er 15,000 Meilen im Salomonen zurücklegen wird, ist bereits angedeutet worden; wie viel hundert Anruebe er halten muß, entzieht sich nach jeder Schätzung.

Provinzialnachrichten.

Merzbura. 1. April. Ueber die geplante Automobil-Verbindung Leipzig-Merzbura und Angermünde-Flitz-Geiszig in der Generalversammlung des Bürgervereins für hiesige Interessen interessanter Ausschüsse. Die Verwirklichung des Projektes ist jetzt so weit gediehen, daß nur noch die Entschcheidung der Landesregierung in Leipzig aussteht. Der Unternehmer hat sich für ein Exklusiv-Recht ausgesprochen. Die Wagen sind höchst komfortabel eingerichtet und mit gepolsterten Sitzen versehen; infolge der Gummibereifung der Räder ist die Fahrt durchaus kostfrei. Im Winter werden die Wagen gebaut und abends erleuchtet. Dem mitgeführten Gepäck wird ein besonderer Wag angehängt. Die Wagen fahren vollstän täglich, je werden nach jeder Fahrt in der Werkstätte sorgfältig gereinigt. Die Fahrten finden nach einem festgesetzten Fahrplan statt; der erste Wagen fährt früh gegen 1 1/2 Uhr, die weiteren Wagen folgen mit 1 1/2 stündiger Pause. Die letzte Fahrgelegenheit von Geiszig soll am 12. März nachts festgesetzt werden, um 2 behältergehenden die Räder zu ermöglichen. Der Preis für die ganze Fahrt von Leipzig nach Merzbura wird nicht angegeben, der Preis für die auswärts arbeitende Bevölkerung werden Wochenfahrten ausgestellt. Die Fahrzeit beträgt am Tage 1 Stunde 20 Minuten, abends ist sie etwas länger. — Auf eine Anfrage bezüglich einer Eisenbahnverbindung zwischen Merzbura und Leipzig teilte Landesamtsinspektor Salomon mit, daß an eine Leitung nach Merzbura, mit großer Wahrscheinlichkeit, in Leipzig nicht zu denken ist.

Merzbura. 2. April. [Lebensmilde.] Gestern nachmittag sprach ein 18-jähriges, aus Göttingen gebürtiges Dienstmädchen von der Leichtrage aus in den Gottardischen und verurteilte sich zu exträren. Aus dem Grundlichen Complott elte Herr Zehnerer Wella folgt herbei, sprach in das hier nicht sehr viele Wähler und brachte das Mädchen, das sich gegen seine Rettung beschwerte, mit großer Mühe aus dem Hofe, wo mehrere Leute dabei waren, die Lebensmilde wieder außer Fassung zu setzen. Wie verlautet, soll das Mädchen durch ihre Behandlung seitens seiner Herrschaft zu dem Entschluß gekommen sein, sich das Leben zu nehmen.

Merzbura. 1. April. [Ein Standalbegegnung] spielte sich am heutigen Dienstag vor der Straßmann des Landgerichts Erfurt ab. Die junge Frau eines Gastwirts in Rodolstadt, die seiner Zeit als ledige Wirtin geübt hat, wurde in der Straßmann des Landgerichts Erfurt abgelehnt.

Merzbura. 1. April. [Ein Standalbegegnung] spielte sich am heutigen Dienstag vor der Straßmann des Landgerichts Erfurt ab. Die junge Frau eines Gastwirts in Rodolstadt, die seiner Zeit als ledige Wirtin geübt hat, wurde in der Straßmann des Landgerichts Erfurt abgelehnt.

